

Steuer- und Finanzpolitik im Fokus der Forderungen an die Politik



Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft

Schlussbericht

Studie im Auftrag der Alliance Economie-Politique
und economiesuisse

April 2017

Projektteam

Urs Bieri Politik- und Medienwissenschaftler

Petra Huth, Politikwissenschaftlerin und Ökonomin

Claude Longchamp Politikwissenschaftler,
Lehrbeauftragter der Universitäten Bern und Zürich

Jonas Ph. Kocher Politikwissenschaftler

Carole Gauch Medien- und Politikwissenschaftlerin

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Aaron Venetz Politikwissenschaftler

Alexander Frind Politikwissenschaftler

Noah Herzog Sekretariat und Administration

Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY	3
2	EINLEITUNG	5
	2.1 Mandat und Fragestellung	5
	2.2 Ausgangslage.....	5
3	BEFUNDE	6
	3.1 Die Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten heute und morgen	6
	3.2 Wie zufrieden sind die Unternehmen mit dem wirtschaftspolitischen Rahmen?	6
	3.3 Die Bewertung des wirtschaftspolitischen Rahmens	9
	3.4 Für welche Themen soll die Politik Lösungen finden?	9
	3.5 Fazit zur Wichtigkeit politischer Themen	15
	3.6 Die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft ..	15
	3.7 Die Sicht auf das Verhältnis zur EU	17
4	SYNTHESE	20
5	ANHANG	23
	5.1 Befragung, Datenbasis und Stichprobe	23
	5.1.1 Datenanalyse	24
	5.1.2 Grafische Aufbereitung.....	25
	5.2 gfs.bern-Team	27

1 Management Summary

Hohe und differenzierte Ansprüche an den wirtschaftspolitischen Rahmen

Thematisch stehen für die Wirtschaft eine hohe Qualität des Schul- und Bildungswesens, ein intakter Innovationsstandort und ein stabiler rechtlicher Rahmen im Vordergrund ihrer Prioritäten gegenüber der Politik. Gewünscht werden ausserdem leistungsfähige Infrastrukturen, ein liberaler Arbeitsmarkt, eine funktions-tüchtige Sozialpartnerschaft und eine weitgehende unternehmerische Freiheit. Diese sog. "Swissness"-Faktoren stellen die zentralen Erwartungen der Wirtschaft an den Standort Schweiz dar. Die Zufriedenheit mit den zentralen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist bei allen Unternehmen mehrheitlich. Einen weiteren Themenbereich bilden der offene Zugang zu den Weltmärkten und eine wettbewerbsfähige Finanz- und Steuerpolitik.

Die Steuer- und Finanzpolitik als Handlungsfeld für die Wirtschaftsverbände

Für die Verbände als Vertretende der Unternehmen zeigt sich vor allem das Politikfeld der Steuer- und Finanzpolitik als der Bereich, in dem sie aus Sicht der Unternehmen sehr "wirksam" sein sollten. Die Unternehmen betrachten die Steuer- und Abgabenlast als von der Politik zu lösendes Problem. Hier halten sie den Standort Schweiz unter Beobachtung.

Weitere mehrheitliche Wünsche aus der Wirtschaft sind eine ausreichende Verfügbarkeit von qualifizierten Mitarbeitern, eine pragmatische Energiepolitik und die Effizienz der öffentlichen Verwaltung resp. der Abbau der aktuellen Regulierungsdichte.

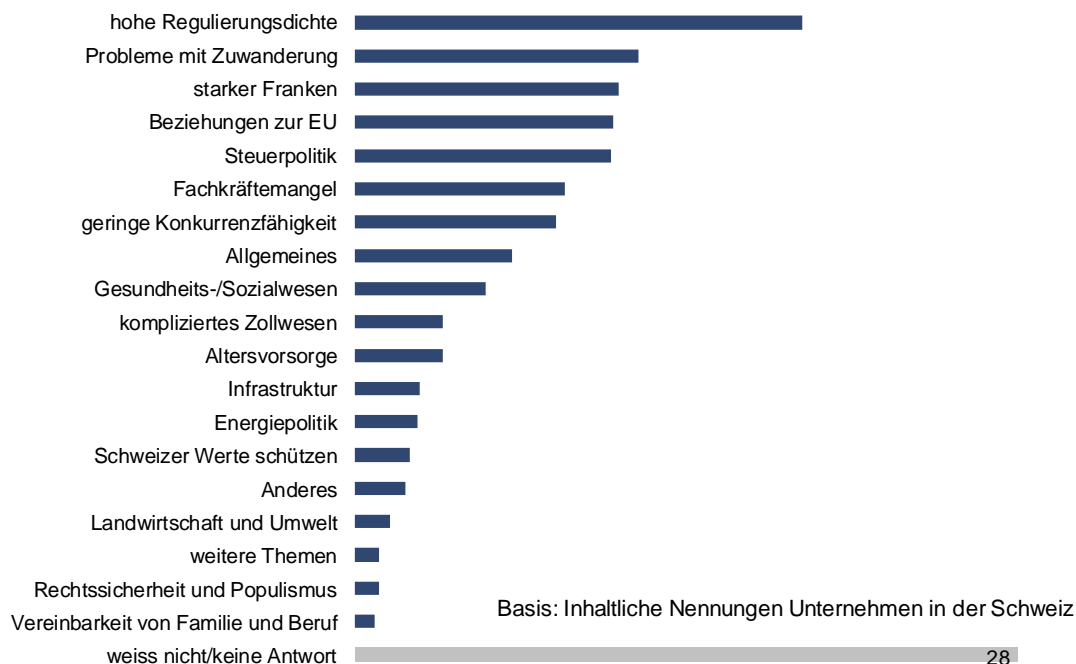
Die Erwartungen an die Politik weisen das Regulierungsniveau als zentrales Problem aus

Die Erwartungen an die Politik fokussieren sich auf die Herstellung guter Rahmenbedingungen bei den Inputfaktoren, d.h. beim Schul- und Bildungswesen, der Datensicherheit und beim Datenschutz. Danach steht die Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Investitionsplatzes Schweiz im Vordergrund. Die Sicherheit der Sozialwerke ist wesentlich, die Steuer- und Abgabenbelastung wird von etwa gleich vielen als bedeutsam eingeschätzt wie auch die Technologisierung und Digitalisierung als grundlegend neue regulatorische Herausforderung. Praktisch gleichauf kommen Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Fachkräftemangel oder Bürokratie und Regulierungsdichte.

Hoher akuter Problemdruck wird beim Thema Regulierungsdichte und Bürokratie ausgewiesen. In Bezug auf diesen Standortfaktor schneidet die Schweiz nicht nur mittelmässig ab, sondern hier herrscht ein höherer Bedarf zur schnellen Problemlösung.

Dringendstes Problem der Schweizer Politik

"Welches ist zurzeit das Problem, welches die Schweizer Politik am dringendsten lösen sollte, um das Umfeld für Ihr Unternehmen zu verbessern?"



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016 (N= 990)

Die Fortführung der Bilateralen als gemeinsamer Nenner

Allein die Fortführung der Bilateralen ist aus Sicht der Wirtschaft zum aktuellen Zeitpunkt mehrheitsfähig. In vergleichbarem Ausmass werden der Alleingang resp. die damit verbundenen Risiken der Isolation mehrheitlich abgelehnt. Hinsichtlich einer darüberhinausgehenden Integrationsoption bestehen aktuell keine Mehrheiten bei den Unternehmen.

Der Dialog Wirtschaft und Politik sollte ausgebaut werden

In der Wahrnehmung des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft zeigt sich, dass der bestehende Dialog in seiner Qualität geschätzt wird und eher ausgebaut werden sollte.

Eine stärkere Entflechtung von Politik und Wirtschaft wird nur minderheitlich gewünscht. Vielmehr wünscht man sich mehr Wirtschaftsvertreter im Parlament. So kommen denn auch die Skeptiker gegenüber der Durchschlagskraft der Verbände vor allem aus dem Lager jener Wirtschaftsrepräsentanten, die gleichzeitig den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik als zu wenig intensiv beurteilen. Hinzu kommt der Zusammenhang mit der gleichzeitig mehrheitlichen Unterstützung für das Argument, dass die Wirtschaft zahlreicher in der Politik vertreten sein sollte, denn die Schweiz sei darauf angewiesen, dass Wirtschaft und Politik in einem intensiven Austausch miteinander stünden. Mit anderen Worten: Die Mehrheit der Wirtschaftsvertreter wünscht und fordert einen Ausbau der Wirtschaftsvertretung und ihrer Themen im Dialog mit der Politik.

2 Einleitung

2.1 Mandat und Fragestellung

Die Alliance Economie-Politique beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung einer Unternehmensbefragung zu den Erfolgsfaktoren für die Schweizer Wirtschaft. Die Studie zeigt einerseits auf gesicherter Basis Stärken und Schwächen der Schweizer Wirtschaftspolitik aus Sicht der Unternehmen auf und stellt dar, welche Bedeutung dem Modell Schweiz resp. dessen Erfolgskomponenten im Einzelnen zukommt und wie sie im Verhältnis zueinander gewichtet werden. Sie zeigt auch auf, wo Risiken und Chancen verortet werden.

Die technischen Daten zur Erhebung sind im Kapitel 5 nachzulesen.

2.2 Ausgangslage

Verschiedene Instrumente berichten heute über die Sorgen der Schweizer Einwohnerinnen und Einwohner resp. Bürgerinnen und Bürger. In aller Regel verfahren sie über repräsentative Befragungen, die regelmässig wiederholt werden, um sowohl über aktuelle Daten wie auch Trends zu verfügen. Typisches Beispiel hierfür ist das Sorgenbarometer, welches das Bulletin der Credit Suisse seit den späten 70er Jahren des 20. Jahrhunderts im Jahresrhythmus realisiert.

Ein analoges Instrument für die Schweizer Firmen gibt es bis jetzt nicht. Zwar werden periodisch Umfragen aus Sicht der Unternehmen veröffentlicht, diese sind aber nicht zwingend miteinander vergleichbar oder geben nur über bestimmte Branchen, nicht aber über die Sicht der Wirtschaft auf die regulatorischen Rahmenbedingungen Auskunft.

Die Interessen und Erwartungen der Unternehmen an die Politik sind alles andere als einheitlich oder immer gleich. Vielmehr richten sie sich direkt an der eigenen wirtschaftlichen Performance aus. Nicht selten widersprechen sich die Ansprüche an die Politik abhängig von der Grösse und Ausrichtung des Unternehmens. Diese Entwicklung dürfte anlässlich der anstehenden politischen Entscheide eher noch zunehmen.

Deshalb zeigt der Bericht Handlungsspielräume auf, die sich für die Verbände als Mittler der Interessen in diesem Spektrum ergeben. Denn in Zukunft wird es wichtig sein zu wissen, welche Unternehmen welche Erwartungen an das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft haben, welche Prioritäten die Wirtschaft gegenüber der Politik formuliert und wie diese Erwartungen umgesetzt werden sollen.

3 Befunde

3.1 Die Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten heute und morgen

Die Schweizer Unternehmenslandschaft präsentiert sich zu einem wesentlichen Teil auf Kunden in der Schweiz ausgerichtet. 78 Prozent der befragten Unternehmensvertreter geben an, dass ihre Kunden vornehmlich in der Schweiz domiziliert sind. 11 Prozent haben zu etwa gleichen Teilen Kunden im Ausland und in der Schweiz. Lediglich jedes 10. Unternehmen beliefert überwiegend Kunden im Ausland.

Fragt man die Unternehmen, wo ihre Zulieferer domiziliert sind, sieht die Situation leicht anders aus. Zwei Drittel geben an, dass ihre Zulieferer vornehmlich in der Schweiz sitzen. Mit 17 Prozent lässt sich fast ein Sechstel aller befragten Unternehmen zu etwa gleichen Teilen aus dem Aus- und dem Inland beliefern und schliesslich greift die kleinste Gruppe von 13 Prozent überwiegend auf Zulieferer aus dem Ausland zurück.

Unter den grossen Unternehmen beliefern 64 Prozent vorwiegend Kunden im Inland, während ein gutes Fünftel überwiegend Produkte im Ausland verkauft. Bei den mittelgrossen Unternehmen mit Angestellten zwischen 11 und 249 Angestellten überwiegen Mischformen und die kleinsten Unternehmen mit bis zu 10 Angestellten sind schliesslich zu 87 Prozent im Inland tätig, resp. nur zu 4 Prozent im Ausland präsent.

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen heute und Ihre wirtschaftliche Lage in den letzten 12 Monaten schätzt über das Ganze hinweg gesehen eine Mehrheit der Unternehmen als unverändert ein (45%). Mit je 27 Prozent schätzt aber auch je ein gutes Fünftel die Situation entweder als verschlechtert oder verbessert ein.

Die Einschätzung der Unternehmensvertreter zur wirtschaftlichen Lage kann man also als verhalten positiv bezeichnen. Eine gute Hälfte jener Unternehmen, deren wirtschaftliche Situation sich bereits in den letzten 12 Monaten verbessert hat, ist auch überdurchschnittlich zuversichtlich für das kommende Jahr. Im Bauhauptgewerbe geht man für das nächste Jahr dagegen überproportional mehr von gleichbleibenden Bedingungen aus und im Vergleich zu den anderen Branchen eher weniger stark von besseren Aussichten. Handel und Verkehr gehen eher unterdurchschnittlich von gleichbleibenden Bedingungen aus (44%).

3.2 Wie zufrieden sind die Unternehmen mit dem wirtschaftspolitischen Rahmen?

Die Schweiz als Standort ist für die grosse Mehrheit der Unternehmensvertretenden vor allem interessant, weil sie eine hohe Qualität an Bildung und Forschung bietet (89%), leistungsfähige Infrastrukturen zur Verfügung stellen kann (87%) und weil sie für Rechtssicherheit steht (85%). Für jeweils über 80 Prozent der Unternehmensvertreter sind dies Aspekte, die die Rahmenbedingungen für Unternehmen beeinflussen und bei denen die Schweiz aus ihrer Sicht auf einer Skala von 0-10 eher gut (6-8) bis sehr gut (9-10) abschneidet.

Für 80 Prozent ist sodann der liberale Arbeitsmarkt ein Standortvorteil, bei dem sie die Schweiz im Bereich von 6-10 bewerten. Ein Fünftel bewertet den Arbeitsmarkt mit 9-10 auf der Skala der standortrelevanten Aspekte. Hinzu kommen weitere 59 Prozent, die der Schweiz 6-8 Punkte für den liberalen Arbeitsmarkt attestieren. Für 15 Prozent ist die Schweiz in Sachen Sozialpartnerschaft mit 9-

10 Punkten zu bewerten. Insgesamt bewerten 79 Prozent der Unternehmensrepräsentanten die Sozialpartnerschaft als sehr oder vornehmlich positiv. Mit Blick auf die weitgehende unternehmerische Freiheit tun dies 78 Prozent. Damit werden die Standortfaktoren als hoch bedeutsam eingestuft, die unter dem Begriff "Swissness" zusammengefasst werden.

In der Rangierung der Unternehmensrepräsentanten steht das Abschneiden der Schweiz interessanterweise bei den Argumenten, die derzeit den öffentlichen Diskurs dominieren, etwas weniger stark im Vordergrund: 70 Prozent schätzen die wettbewerbsfähige Finanz- und Steuerpolitik als sehr (9-10) oder eher (6-8) gut ein. Mit 66 Prozent bewerten knapp zwei Drittel die Schweiz bei der Verfügbarkeit an qualifizierten Mitarbeitenden resp. Talenten als sehr oder eher gut. Damit wird dieser Aspekt nur wenig höher gewertet als der offene Zugang zu den Weltmärkten, der für 64 Prozent eine vergleichbare Bedeutung hat. Mit 64 Prozent bewerten gut zwei Drittel der befragten Unternehmen die Schweiz in Sachen effiziente öffentliche Verwaltung stark oder eher positiv.

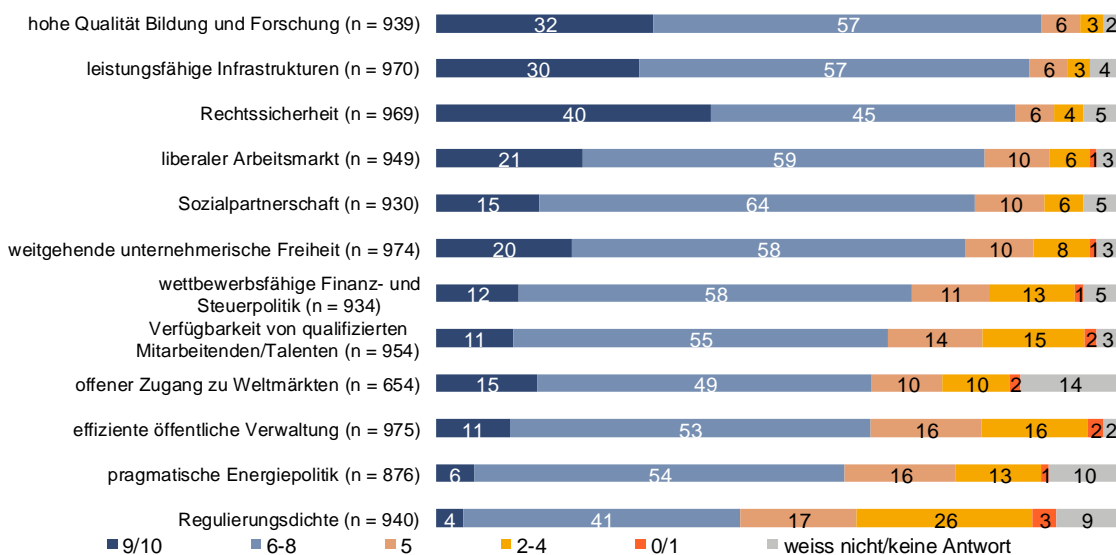
60 Prozent stufen die Schweiz in Sachen pragmatische Energiepolitik als eher hoch ein. Schliesslich ist sie noch für 45 Prozent beim Regulierungsgrad gut oder sehr gut aufgestellt. Mit 46 Prozent schätzen etwa gleich viele Unternehmensvertreter die Regulierungsdichte eher als negativ bzw. kritisch ein (0-4). Damit bekommt dieser Aspekt von allen Bewertungen eher eine mittelmässige Note resp. löst gespaltene Meinungen aus.

Grafik 2

Filter Aspekte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

"Bitte geben Sie für die folgenden Aspekte, welche die Rahmenbedingungen für Unternehmen beeinflussen, jeweils auf einer Skala von 0 bis 10 an, wie gut die Schweiz aus Sicht Ihres Unternehmens abschneidet, wobei 0 für sehr schlecht und 10 für sehr gut steht."

in % der Unternehmen in der Schweiz, für welche die jeweilige Rahmenbedingung nicht irrelevant für das Unternehmen ist



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016 (n variabel zwischen 654 und 975)

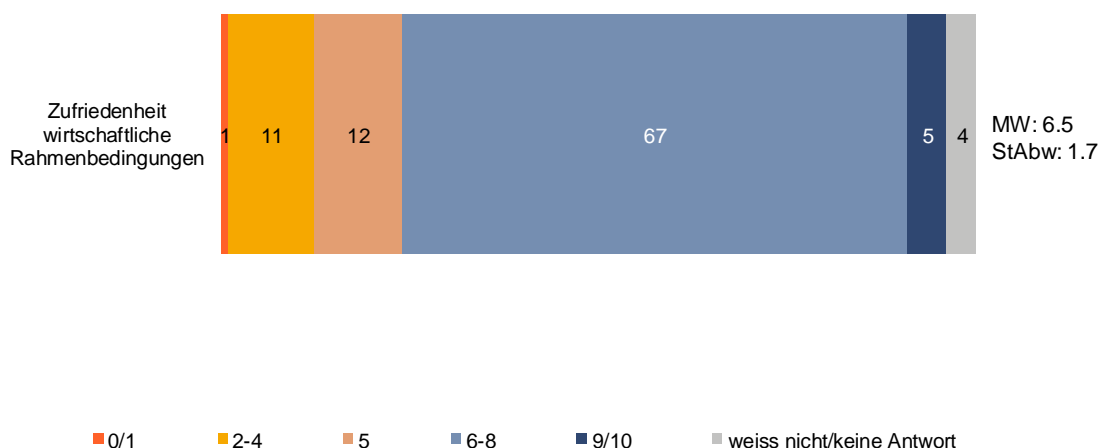
Betrachtet man die Mittelwerte der Zufriedenheit mit den einzelnen Standortaspekten, zeigen sich zwei Drittel der Unternehmensrepräsentanten mit der Note 6 bis 8 weitestgehend zufrieden mit der Schweiz als Standort. Überdurchschnittlich zeigen sich hier die Branchen Finanzdienstleistungen (80%), Gesundheit und Soziales (74%) und der Bausektor (72%). Unterdurchschnittlich wird die Note 6-8 dagegen aus den Informations- und Kommunikationstechnologien/sonstigen Dienstleistungen vergeben (61%). Eher überdurchschnittlich vergeben mit 16 Prozent Industrie und Gewerbe die Note 2-4. Diese Branche zeigt sich damit eher weniger zufrieden mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der

Schweiz. Alle anderen Branchen bewerten ihre Zufriedenheit nicht signifikant anders als der Durchschnitt.

Zufriedenheit wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

"Alles in allem: Wie zufrieden sind Sie aus Sicht Ihres Unternehmens mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz? Bitte beurteilen Sie die Rahmenbedingungen auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für eine sehr schlechte Beurteilung und 10 für eine sehr gute Beurteilung steht."

in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016 (N = 990)

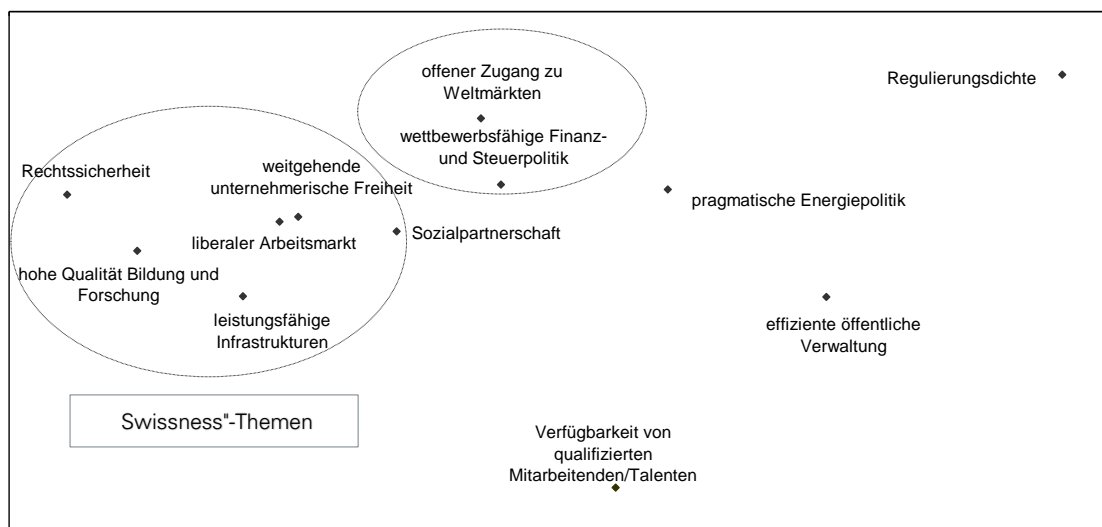
Fasst man die Themen in einer mehrdimensionalen Skalierung zusammen, ergeben sich gemessen an den Abständen der Einzelthemen zueinander zwei thematische Schwerpunkte resp. Zusammenhänge.

Grafik 3

Zweidimensionale Skalierung der Aspekte wirtschaftliche Rahmenbedingungen

"Bitte geben Sie für die folgenden Aspekte, welche die Rahmenbedingungen für Unternehmen beeinflussen, jeweils auf einer Skala von 0 bis 10 an, wie gut die Schweiz aus Sicht Ihres Unternehmens abschneidet, wobei 0 für sehr schlecht und 10 für sehr gut steht."

Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016 (N = 990)

Erläuterung: Die **multidimensionale Skalierung** ordnet Objekte im mehrdimensionalen Raum so an, dass die Distanzen zwischen den Objekten die Ähnlichkeiten resp. Verschiedenheit möglichst gut wiedergibt. Je weiter die Objekte voneinander entfernt sind, desto unähnlicher sind sie und je näher sie beieinander sind, desto ähnlicher sind sie. Das Ergebnis wird der Einfachheit halber im zweidimensionalen Raum dargestellt.

Inhaltlich weist die multidimensionale Skalierung der Ergebnisse zwei Themen-
gruppen aus. Eine Gruppe setzt sich aus den wirtschaftspolitischen Themenbe-
reichen zusammen, die hoch rangiert wurden. Dies sind die Rechtssicherheit,
die sozusagen als Grundlage für die Wirtschaftspolitik dient, sowie die unterneh-
merische Freiheit, der liberale Arbeitsmarkt, die hohe Qualität von Bildung und
Forschung sowie die leistungsfähigen Infrastrukturen und auch die Sozialpartner-
schaft. Diese Faktoren bilden über alle Bruchlinien hinweg, die die Schweizer
Unternehmenslandschaft kennzeichnen, die Qualitätsfaktoren für den Standort
Schweiz.

Für verschiedene Unternehmen kommt aber noch ein zweiter Themenkomplex
hinzu. Dieser setzt sich zusammen aus dem offenen Zugang zu den Weltmärkten
und einer wettbewerbsfähigen Finanz- und Steuerpolitik. Insbesondere für grenz-
überschreitend agierende Unternehmen, seien sie nun im Import oder im Export
tätig, sind der Marktzugang wie auch eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik un-
verzichtbare Standortfaktoren, in denen die Schweiz aber gleichzeitig nicht ver-
gleichbar positiv wie bei den Themen aus dem "Swissness"-Cluster rangiert wird.

3.3 Die Bewertung des wirtschaftspolitischen Rahmens

Die Regressionsanalyse erhärtet diesen Befund. Die wettbewerbsfähige Finanz-
und Steuerpolitik erweist sich für alle befragten Unternehmen aus der Schweizer
Wirtschaft deutlich als das wirtschaftspolitische Argument mit der stärksten He-
belwirkung, wenn es um eine gute Beurteilung der Schweiz als Standort geht.
Gefolgt wird dieses Argument von einem liberalen Arbeitsmarkt als wirksames
Argument für eine positive Bewertung, anschliessend kommt eine effiziente öf-
fentliche Verwaltung zum Tragen und schliesslich die (im Verhältnis zu anderen
Standorten) als gering eingeschätzte Dichte an Regulierungen.

Weiterhin sprechen mit weniger Hebelwirkung als die bereits genannten Argu-
mente leistungsfähige Infrastrukturen für den Standort Schweiz, die weitge-
hende unternehmerische Freiheit und die Rechtssicherheit.

Interessant sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede aus der Sicht der
Unternehmen, deren Kunden sich mehrheitlich im Ausland befinden. Für sie ist
die wettbewerbsfähige Steuer- und Finanzpolitik das Schlüsselargument für die
Bewertung des Standortes und in seiner Wichtigkeit deutlich abgesetzt von einer
effizienten öffentlichen Verwaltung und der Verfügbarkeit entsprechend
qualifizierter Arbeitskräfte.

Für Unternehmen, die ihre Kundschaft weitgehend in der Schweiz haben, ist ne-
ben der wettbewerbsfähigen Steuer- und Finanzpolitik als wirksamstes und
stärkstes Argument für den Standort Schweiz der liberale Arbeitsmarkt von Be-
deutung. Anschliessend wird die Rechtssicherheit und die unternehmerische
Freiheit genannt, die effiziente öffentliche Verwaltung und die Sozialpartner-
schaft.

Für die Verbände als Mittler zwischen Politik und Wirtschaft zeigt sich vor allem
die Finanz- und Steuerpolitik als Schauplatz des Geschehens aus Sicht aller
Unternehmen.

3.4 Für welche Themen soll die Politik Lösungen finden?

Bei der Wichtigkeit politischer Themen unterscheiden sich die Unternehmens-
vertreter auf den ersten Blick nicht wesentlich von den Stimmbürgern und
Stimmbürgerinnen und deren Sicht auf die Prioritäten. Für 89 Prozent ist das

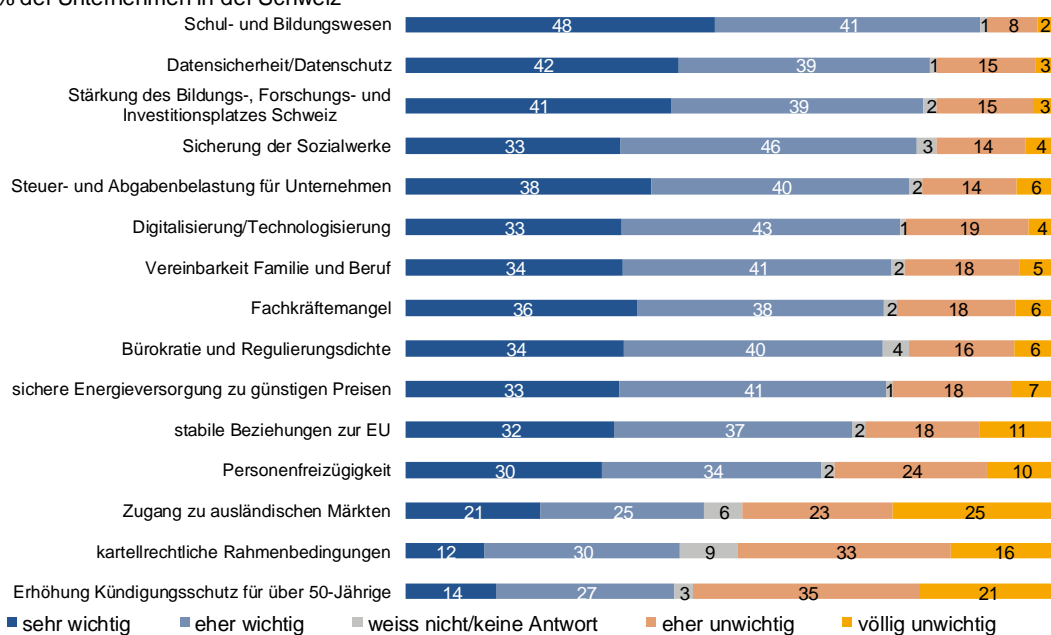
Schul- und Bildungswesen sehr oder eher wichtig. Für 81 Prozent ist die Datensicherheit resp. das Thema Datenschutz in den Fokus gerückt. 80 Prozent sehen die Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Investitionsplatzes Schweiz als eher oder sehr prioritär an. Die Sicherheit der Sozialwerke taxieren 79 Prozent als wesentlich, die Steuer- und Abgabenbelastung ist für 78 Prozent von eher grosser Bedeutung, das gleiche sehen 76 Prozent für die Technologisierung und Digitalisierung. Praktisch gleichauf kommen Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Fachkräftemangel oder Bürokratie und Regulierungsdichte. Für 36 Prozent ist der Fachkräftemangel ein sehr wichtiges Thema, je 34 Prozent finden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müsse gelöst werden und auch das Problem von Bürokratie und Regulierungsdichte.

Grafik 4

Wichtigkeit politische Themen

"Sie sehen hier einzelne Themen, die in der Schweizer Politik aktuell besonders diskutiert werden. Geben Sie bitte jeweils an, wie wichtig es für die Zukunft Ihres Unternehmens ist, dass die Politik für das jeweilige Thema Lösungen findet."

in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016 (N= 990)

Ein Drittel hält die sichere Energieversorgung zu günstigen Preisen für ein politisch zu lösendes Problem. Insgesamt sind hier 74 Prozent der Meinung, es sei sehr oder eher wichtig für ihr Unternehmen. Hier sind notabene Unternehmen überdurchschnittlich vertreten, die über Kunden oder Zulieferer relativ stark mit dem Ausland verflochten sind. Stabile Beziehungen zur EU sind für 69 Prozent dieser Unternehmen wichtig. Überdurchschnittlich vertreten sind hier erwartbar jene, für die auch in der bisherigen bilateralen Zusammenarbeit mit der EU die Vorteile überwiegen, die grossen Konzerne, die Industrie, Handel und Verkehr und Unternehmen, deren Kunden entweder vorwiegend im Ausland sind oder zu gleichen Teilen im Ausland wie im Inland. Die Personenfreizügigkeit schliesslich ist für 64 Prozent ein wichtiges politisches Geschäft.

Drei Themen werden nur noch minderheitlich als prioritär gewertet. Eher umstritten zeigt sich die politische Wichtigkeit des Zugangs zu den ausländischen Märkten. Diesen Zugang beurteilt eine leichte Mehrheit von 48 Prozent als eher oder gar nicht wichtig gegenüber 46 Prozent, die den Zugang für wichtig halten. Das Wettbewerbs- resp. Kartellrecht spaltet die Unternehmensvertreter ebenfalls in zwei etwa gleich grosse Gruppen: 49 Prozent beurteilen es als eher oder völlig unwichtig gegenüber 42 Prozent, für die es im Gegenteil ein wichtiges Thema ist, für das Lösungen gefunden werden sollten.

Eine Erhöhung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmende ab 50 Jahren beurteilt schliesslich eine klare Mehrheit von 56 Prozent der Unternehmensvertreter als eher oder völlig unwichtig. Nur für 41 Prozent ist es ein sehr oder eher wichtiges Thema. Unter diesen fallen eher die Unternehmen aus den lateinsprachigen Landesteilen auf. Für sie scheint der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer ein eher oder sehr wichtiges Thema, bei dem die Politik Lösungen finden sollte.

Die Auswertung über die Branchen zeigt ein differenziertes Bild: So ist für das Gesundheits- und Sozialwesen einerseits die hohe Qualität des Schul- und Bildungswesens von hoher Bedeutung, andererseits der Datenschutz resp. die Datensicherheit, die momentan unter dem Aspekt E-Health ja auch intensiv diskutiert werden. Darüber hinaus ist die Zustimmung dieser Branchen aber auch überdurchschnittlich, wenn es um die Sicherung der Sozialwerke, die Vereinbarkeit von Beruf und Familien oder den Fachkräftemangel geht. Letzterer trifft diese Branche natürlich auch ganz besonders. Schliesslich empfindet die Branche Gesundheit und Soziales aber auch den Bürokratieabbau als ein Thema, das die Politik lösen sollte.

Die Finanzbranche setzt ähnliche Schwerpunkte, ergänzt sie aber weniger stark ausgeprägt noch um die Stärkung des Innovationsstandortes Schweiz, die Personenfreizügigkeit und den Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende. Eher wichtig erscheint dieser Branche über dem Mittel auch die Energieversorgung zu fairen Preisen.

Industrie und Gewerbe fordern überdurchschnittlich vor allem die Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsplatzes Schweiz, die Sicherung der Sozialwerke sowie die Reduktion der Steuer- und Abgabenlast. Eher wichtig erscheint dieser Branche über dem Mittel die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, "sehr" und "eher wichtig" sind eine sichere Energieversorgung, stabile Beziehungen zur EU, die Personenfreizügigkeit, der Zugang zu ausländischen Märkten und der kartellrechtliche Rahmen.

Die Branche Handel und Verkehr setzt überdurchschnittlich Schwerpunkte bei der Steuer- und Abgabenlast, dem Fachkräftemangel, der sicheren Energieversorgung, stabilen Beziehungen zur EU und dem Kartellrecht.

Die Baubranche ist demgegenüber eher fokussiert übervertreten: Bei der Steuer- und Abgabenlast, beim Fachkräftemangel, der Regulierungsdichte, einer sicheren Energieversorgung und bei der relativen Zustimmung zu stabilen Beziehungen zur EU sowie beim Kartellrecht.

Tabelle 1

POLITISCHES THEMA	ZUSTIMMUNG IN PROZENT	BRANCHEN MIT ÜBERDURCHSCHNITTLICHER ZUSTIMMUNG	REGIONEN MIT ÜBERDURCHSCHNITTLICHER ZUSTIMMUNG
SCHUL- UND BILDUNGSWESEN	Sehr wichtig (48)	Gesundheitswesen/Soziales (53)	
	Eher wichtig (41)	Finanzdienstleistungen (61)	
DATENSCHUTZ/ DATENSICHERHEIT	Sehr wichtig (42)	Gesundheit/Soziales (52)	
	Eher wichtig (39)	Finanzdienstleistungen (51)	
STÄRKUNG BILDUNGS-, FORSCHUNGS- UND	Sehr wichtig (41)	Industrie und Gewerbe (46)	

INNOVATIONSPLATZ SCHWEIZ			
	Eher wichtig (39)	Finanzdienstleistungen (51)	
SICHERUNG SOZIALWERKE	Sehr wichtig (33)	Finanzdienstleistungen (41), Gesundheit/Soziales (51)	Tessin (46)
	Eher wichtig (46)	Industrie und Gewerbe (54)	
STEUER- UND ABGABENLAST	Sehr wichtig (38)	Bau (52), Handel/Verkehr (51)	Romandie (45), Tessin (44)
	Eher wichtig (40)	Industrie und Gewerbe (49)	
DIGITALISIERUNG/TECHNOLOGISIERUNG	Sehr wichtig (33)		
	Eher wichtig (41)		
VEREINBARKEIT BERUF UND FAMILIE	Sehr wichtig (34)	Finanzdienstleistungen (39), Gesundheit/Soziales (46)	
	Eher wichtig (41)	Industrie und Gewerbe (53)	
FACHKRÄFTEMANGEL	Sehr wichtig (36)	Bau (40), Gesundheit/Soziales (50)	
	Eher wichtig (38)	Handel/Verkehr (45), Finanzdienstleistungen (51)	
BÜROKRATIE UND REGULIERUNGSDICHTE	Sehr wichtig (34)	Bau (39), Gesundheit/Soziales (40)	
	Eher wichtig (40)	Finanzdienstleistungen (54)	
SICHERE ENERGIEVERSORGUNG ZU GÜNSTIGEN PREISEN	Sehr wichtig (33)	Industrie und Gewerbe (38), Bau (40), Handel/Verkehr (47)	
	Eher wichtig (41)	Industrie und Gewerbe (47), Finanzdienstleistungen (48), Gesundheit/Soziales (48)	
STABILE BEZIEHUNGEN ZUR EU	Sehr wichtig (32)	Industrie und Gewerbe (49) Handel/Verkehr (39)	
	Eher wichtig (37)	Bau (41), IKT/Sonstige Dienstleistungen (43)	
PERSONENFREIZÜGIGKEIT	Sehr wichtig (30)	Industrie und Gewerbe (43)	
	Eher wichtig (34)	Finanzdienstleistungen (40), IKT/Sonstige DL (39)	

ZUGANG AUS-LÄNDISCHE MÄRKTE	Sehr wichtig (21)	Industrie und Gewerbe (34), Handel/Verkehr (26)	
	Eher wichtig (25)	Industrie und Gewerbe (32)	
KARTELLRECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	Sehr wichtig (12)	Bau (17), Handel/Verkehr (20)	Tessin (21)
	Eher wichtig (30)	Industrie und Gewerbe (38)	
ERHÖHUNG KÜNDIGUNGSSCHUTZ FÜR ÜBER 50-JÄHRIGE	Sehr wichtig (14)		Romandie (27), Tessin (47)
	Eher wichtig (27)	Finanzdienstleistungen (32)	

Tessiner Unternehmen sind einerseits bei der Sicherung der Sozialwerke überdurchschnittlich besorgt um eine politische Lösung, beim Thema Steuer- und Abgabenlast sind sie überdurchschnittlich vertreten, beim Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende und schliesslich auch beim Thema Kartellrecht. Die Unternehmen aus der Romandie erscheinen demgegenüber nur in zwei Bereichen vornehmlich sensibilisiert: Wenn es um die Steuerlast einerseits geht und beim Kündigungsschutz für Ältere andererseits. Damit überwiegen in den Regionen der Sprachminderheiten sozialpolitisch motivierte Sorgen die unternehmerische Agenda.

Für die kleinsten Unternehmen mit bis zu 10 Angestellten ist vor allem die Erhöhung des Kündigungsschutzes für über 50-jährige Arbeitnehmende ein wichtiges Anliegen. 51 Prozent der Unternehmensvertreter halten dies für ein sehr bis eher wichtiges Thema im Vergleich zu 41 Prozent im Durchschnitt der Befragten.

Signifikant weniger wichtig als für den Durchschnitt sind dagegen für die kleinsten Unternehmen Themen wie Bürokratie und Regulierungsdichte (66% im Vergleich zu 74% im Durchschnitt). Der Fachkräftemangel ist nur für 59 Prozent der Unternehmensvertreter kleiner Unternehmen ein wichtiges Problem, der Durchschnitt schätzt dieses Thema gleichzeitig zu 74 Prozent als wichtig ein. Schliesslich folgt noch die Personenfreizügigkeit, die nur 52 Prozent der Kleinunternehmen für ein wichtiges politisches Thema halten. Dagegen sind mit 64 Prozent fast zwei Drittel im Durchschnitt aller Befragten hier stark sensibilisiert.

Ein anderes Bild ergibt sich bei den Prioritäten der Grossunternehmen ab 250 Angestellten. An erster Stelle sprechen sich mit einem absoluten Spitzenwert von 97 Prozent der Unternehmensvertreter für das Schul- und Bildungswesen als sehr oder eher wichtiges zu lösendes Problem aus. Alleine 44 Prozent markieren es als "sehr zentral". Danach folgen 88 Prozent, für die der Fachkräftemangel sehr bzw. eher wichtig ist, wenn es darum geht, dass die Politik im Sinne ihres spezifischen Unternehmensinteresses Lösungen finden soll. Der Durchschnitt der Befragten weist demgegenüber 74 Prozent aus, für die das Thema dieselbe Bedeutung hat.

An dritter Stelle sehen die "Grossen" die Personenfreizügigkeit, im Schnitt werten 64 Prozent den freien Personenverkehr als prioritäres Thema. Digitalisierung und Technologisierung werden ebenfalls stärker als zu bearbeitendes Problemfeld wahrgenommen. Hier liegen die Vertreter der Grosskonzerne um 10 Prozent höher als der Durchschnitt, indem sie das Thema zu 86 Prozent nennen. Mit 82 Prozent taxieren die befragten Repräsentanten der Grossunternehmen das Thema "stabile Beziehungen zur EU" als sehr oder eher wichtig. Der Durchschnitt der Befragten steht hier bei 69 Prozent. Schliesslich sehen 80 Prozent die sichere

Energieversorgung zu günstigen Preisen als wichtig an, im Gegensatz zu durchschnittlichen 74 Prozent. Mit 56 Prozent stellt eine gute Hälfte der Grossunternehmensvertreter den Zugang zu den ausländischen Märkten in den Fokus für politische Lösungen, aber nur 46 Prozent aller Befragten setzen hier eine gleiche Priorität.

Umgekehrt verhält es sich in drei Bereichen: Erstens in der Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen. Hier sehen 73 Prozent der "Grossen" politischen Handlungsbedarf als gegeben. Der Durchschnitt aller befragten Unternehmensvertreter liegt leicht, aber nicht signifikant höher. Damit sehen die grossen Unternehmen hier weniger Handlungsbedarf. Die heutige Abgabenlast wird aktuell nicht als Problem gewertet. Hingegen kann sie zum Problem werden, wenn die Steuer- und Finanzpolitik dieses Niveau nicht auch für die Zukunft garantieren kann.

Bei den kartellrechtlichen Rahmenbedingungen zeigen sich die Grossunternehmensvertreter verhältnismässig weniger sensibilisiert. Nur 37 Prozent sehen hier ein Feld, das politisch beackert werden sollte, im Gegensatz zu 42 Prozent im Durchschnitt aller Befragten. Schliesslich tangiert das Thema des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitskräfte die grossen Unternehmen deutlich weniger (34%) als den Durchschnitt (41%).

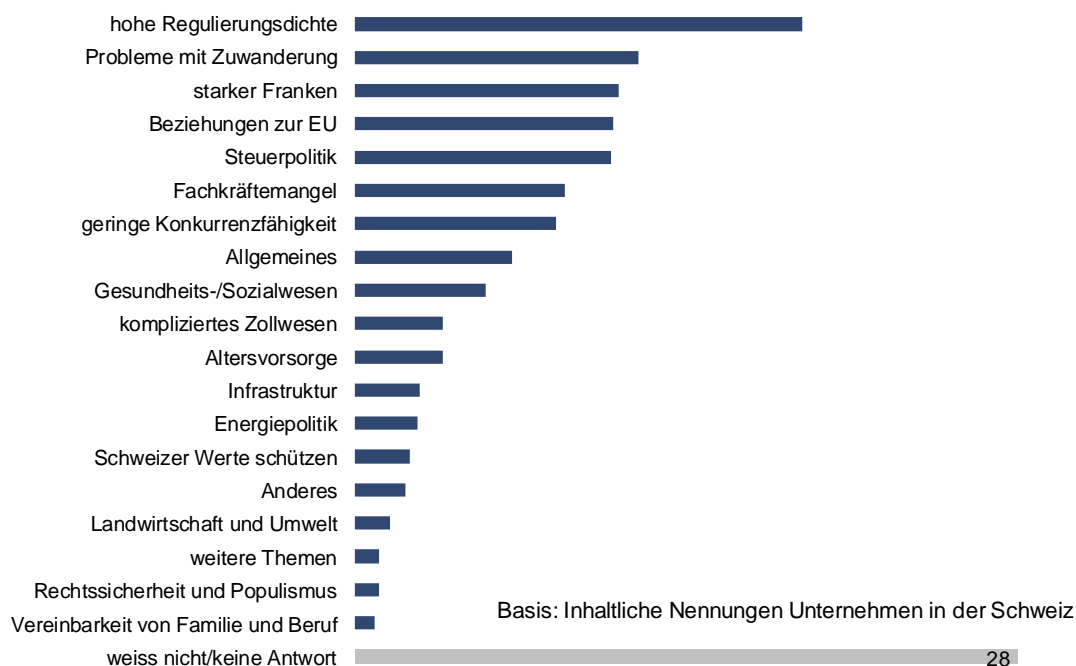
Mit der Nachfrage, welches Problem am dringendsten gelöst werden sollte, werden die Befragten zu einer straffen und konkreten Priorisierung angehalten. Mit 28 Prozent sind hier relativ viele befragte Unternehmensvertreter unschlüssig. Für sie scheint es keinen ganz klaren, intuitiv präsenten Favoriten zu geben.

In dieser ausschliesslich qualitativ zu wertenden Auswahl steht das Thema "Regulierungsdichte" mit Abstand am deutlichsten im Vordergrund. Dies passt zu dem bereits beschriebenen Befund, dass die Schweiz in Sachen Regulierung in den Augen der Befragten eher mittelmässig abschneidet. Anschliessend werden ganz allgemein die Probleme mit der Zuwanderung genannt und der geldpolitische Druck, der sich – insbesondere für die Exporteure – aus dem starken Franken ergibt. Damit fast gleichauf genannt werden die Beziehungen zur EU und die Steuerpolitik zum Thema.

Grafik 5

Dringendstes Problem der Schweizer Politik

"Welches ist zurzeit das Problem, welches die Schweizer Politik am dringendsten lösen sollte, um das Umfeld für Ihr Unternehmen zu verbessern?"



Mit Abstand folgen der Fachkräftemangel und eine zu gering ausgeprägte Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz. Klassisch wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen wie das Zollwesen, die Altersvorsorge, die Infrastruktur und die Energieversorgung werden eher am Rande erwähnt. Am stärksten in diesem Zusammenhang wird noch die Verteilungsseite, also das Gesundheits- und Sozialwesen, als problematisch ins Feld geführt.

3.5 Fazit zur Wichtigkeit politischer Themen

Die Zufriedenheit mit den zentralen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist bei allen Unternehmen mehrheitlich. Inhaltlich dominieren zwei Themenfelder. Zum einen die Rechtssicherheit, die sozusagen als Grundlage für die Wirtschaftspolitik dient, sowie die unternehmerische Freiheit, der liberale Arbeitsmarkt, die hohe Qualität von Bildung und Forschung sowie die leistungsfähigen Infrastrukturen und auch die Sozialpartnerschaft. Diese sog. "Swissness"-Faktoren bilden die entscheidenden Qualitätsfaktoren für den Standort Schweiz.

Es kommt aber noch ein zweiter Themenkomplex hinzu. Dieser setzt sich zusammen aus dem offenen Zugang zu den Weltmärkten und einer wettbewerbsfähigen Finanz- und Steuerpolitik. Insbesondere für grenzüberschreitend agierende Unternehmen, seien sie nun im Import oder im Export tätig, sind der Marktzugang wie auch eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik unverzichtbare Standortfaktoren, in denen die Schweiz gleichzeitig nicht im gleichen Ausmass positiv bewertet wird wie bei den Themen aus dem "Swissness"-Cluster.

Für die Verbände als Vertretende der Unternehmen zeigt sich vor allem das Politikfeld der Steuer- und Finanzpolitik als der Bereich, indem sie aus Sicht der Unternehmen "wirksam" werden sollten. Die anderen Argumente wie insbesondere der Erhalt des liberalen Arbeitsmarkts, die Rechtssicherheit und die Sozialpartnerschaft sind für und in der Kommunikation über den Standort gegenüber der Politik zwar wichtig, aber nicht gleichermaßen wirksam.

Ein weiterer Punkt ist die (Verbesserung der) öffentlichen Verwaltung. Dieser Aspekt ist aber nicht gleich wirksam wie die Wichtigkeit des Steuerstandortes.

Die Erwartungen an die Politik fokussieren sich auf die Herstellung guter Rahmenbedingungen bei den Inputfaktoren, d.h. beim Schul- und Bildungswesen, der Datensicherheit resp. dem Thema Datenschutz. Danach steht die Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Investitionsplatzes Schweiz im Vordergrund. Die Sicherheit der Sozialwerke ist wesentlich, die Steuer- und Abgabenbelastung wird von etwa gleich vielen Unternehmen als bedeutsam eingeschätzt wie die Technologisierung und Digitalisierung als regulatorische Herausforderungen. Praktisch gleichauf kommen Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Fachkräftemangel oder Bürokratie und Regulierungsdichte.

3.6 Die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft

Für 38 Prozent der befragten Unternehmensvertreter könnte der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik am Standort Schweiz noch intensiviert werden. 36 Prozent schätzen ihn als genau richtig ein. Sehr kritisch sind darüber hinaus 8 Prozent, die den Austausch als viel zu wenig intensiv bewerten. Die kleinste Gruppe von 7 Prozent empfindet das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik als zu eng. Unter jenen, die den Dialog eher als zu wenig intensiv kritisieren, sind jene überdurchschnittlich vertreten, die auch unzufrieden mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind. Umgekehrt empfinden ihn diejenigen, die die

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit der Note 7-10 bewerten, auch überdurchschnittlich als gerade richtig.

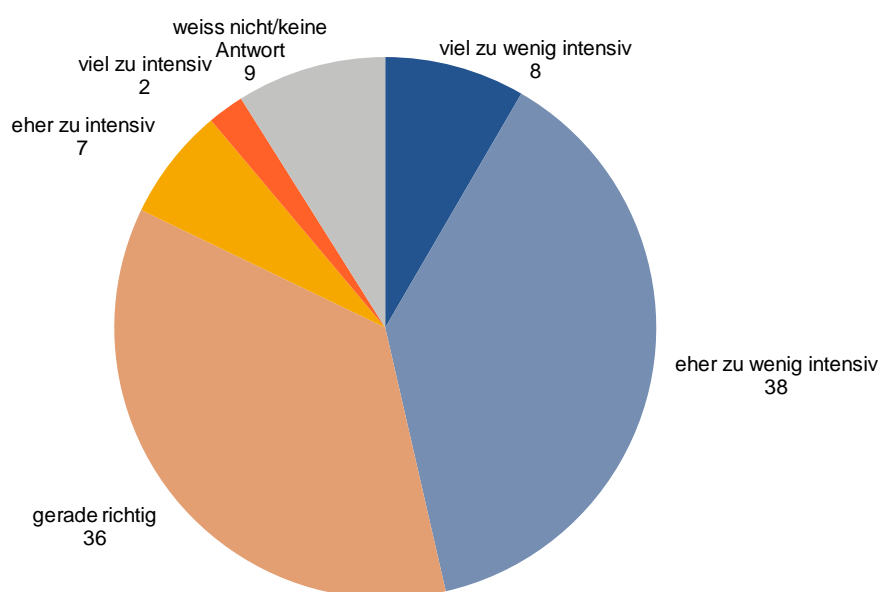
Der Wunsch nach einem Ausbau der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik manifestiert sich zu je 13 Prozent am stärksten bei Bau sowie Industrie und Gewerbe, die Finanzdienstleister sind überdurchschnittlich zufrieden mit dem Stand der Dinge (44%). Schliesslich besteht dieser Wunsch eher in der Westschweiz (15%). 48 Prozent der grenzüberschreitend agierenden Firmen empfinden das Verhältnis als zu wenig intensiv. Dasselbe empfinden jene Unternehmensvertreter überdurchschnittlich, die von eher schlechten Aussichten für die nächsten 12 Monate ausgehen.

Grafik 6

Beurteilung Dialog Politik und Wirtschaft

"Wie beurteilen Sie persönlich den Dialog und Austausch zwischen Politik und Wirtschaft. Wird dieser Dialog aus Ihrer Sicht viel zu wenig intensiv, eher zu wenig intensiv, gerade richtig, eher zu intensiv oder viel zu intensiv geführt?"

in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016 (N= 990)

Ergänzt wird diese relative Mehrheit von 46 Prozent, die finden, der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik könne eher noch ausgebaut werden, durch eine grosse Mehrheit von 87 Prozent der befragten Unternehmensvertreter, für die der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft ein zentrales Qualitätskriterium für den Standort Schweiz ist. Idealtypisch überzeugt vom Grundsatz sind vor allem Deutschschweizer Unternehmen (49%), Firmen aus dem Baubereich (48%) oder der Informations- und Kommunikationsindustrie (47%). Ebenfalls eher überdurchschnittlich überzeugt sind Firmenvertreter aus dem Bereich Handel/Verkehr (54%) und Finanzdienstleistungen (53%). Unternehmen, die den vorherrschenden Dialog als zu wenig intensiv kritisieren, stimmen dem Argument "Dialog als Standortfaktor" schliesslich ebenfalls überproportional zu. Nur eine absolute Minderheit von 9 Prozent der Befragten ist hier gegenteiliger Meinung.

Die Meinung, den bestehenden Verbänden als Vermittlern zwischen Wirtschaft und Politik gelinge es zu wenig, die Interessen der Wirtschaft in der Politik zu vertreten, beurteilt erstens nur eine gute Hälfte von 58 Prozent noch als zutreffend, während rund ein Drittel der Unternehmen die Verbände keineswegs als erfolglos empfindet. Unter den Kritikern befinden sich zweitens vor allem jene Unternehmensvertreter, die nicht zufrieden mit den aktuellen Rahmenbedingungen sind, Unternehmen mit pessimistischen Zukunftsaussichten und jene, die den Dialog Wirtschaft-Politik eher noch ausbauen möchten. Dies lässt den Schluss zu, dass die Unzufriedenheit mit der Verbandsarbeit weniger eine Kritik

an deren Arbeit ist und eher auf der Einschätzung basiert, dass Verbände nicht über ausreichende Ressourcen verfügen. Konsequenterweise, sind Befragte, die den Dialog als gerade richtig oder als zu intensiv beurteilen, eher nicht einverstanden mit dem Argument, die Wirtschaftsverbände seien zu wenig erfolgreich.

Die Kritik rekrutiert sich zudem überdurchschnittlich stark zu insgesamt 73 Prozent aus der Baubranche. Dagegen sind überproportional nicht einverstanden mit der Kritik an den Verbänden so unterschiedliche Branchen wie die Finanzdienstleister einerseits (37%) und die Branche Gesundheit und Soziales (36%) andererseits.

Dass sich die Verbandskritik auf das Problem zu knapper Ressourcen bei den Verbänden reduziert, bestätigt auch die fast gleich grosse Gruppe (55%) der Unternehmen, die zustimmen, es gäbe schlicht zu wenig Wirtschaftsvertreter in der Politik. Ein knappes Fünftel ist sogar sehr einverstanden mit der Aussage, es gäbe schlicht zu wenig Vertreter der Wirtschaft gegenüber der Politik. Signifikant mehr Vertreter aus den Branchen Bau (27%) sowie Industrie und Gewerbe (25%) sind "sehr einverstanden". Die Finanzindustrie zeigt sich eher gespalten.

Dass die Politik die Interessen der Wirtschaft aus den Augen verloren habe, ist ein Argument, das die Unternehmen gleich stark in Anhänger und Kritiker spaltet. Von der Politik überdurchschnittlich in ihren Interessen vernachlässigt fühlen sich erneut vor allem Unternehmen aus dem Bausektor. Sie stimmen zu 20 Prozent sehr und zu 44 Prozent eher dem Argument zu, die Politik verliere die Interessen der Wirtschaft aus den Augen.

Die Aussage "Wirtschaft und Politik sind zu stark verflochten" lehnt eine Mehrheit aus gut der Hälfte der befragten Unternehmen ab. Überproportional nicht einverstanden sind die Vertreter der Branchen Industrie und Gewerbe (69%) und der Finanzdienstleistungen (61%), die grössten Unternehmen ab 250 Angestellten und jene, die den Austausch notabene als zu wenig intensiv empfinden. Überproportional vertreten sind aber auch solche Unternehmen, die eine verbesserte wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten erwarten und jene Firmen, die einen wesentlichen Teil ihrer Kundschaft oder Zulieferer im Ausland haben.

"Die Wirtschaft habe zu viel Einfluss auf die Schweizer Politik", empfindet eine Mehrheit von 59 Prozent als eher oder ganz falsch. 35 Prozent sind mit dieser Beurteilung einverstanden. Nicht einverstanden sind eher Firmen, deren Kunden überwiegend im Ausland domiziliert sind, die den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft als zu wenig intensiv beurteilen, über 250 Angestellte haben und die aus der Industrie und Gewerbe sowie dem Baugewerbe kommen. Mit 30% sind Vertreter der Gesundheitsbranche und aus dem sozialen Bereich überdurchschnittlich eher einverstanden mit der Aussage.

Die These "Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter, die sich politisch äussern, riskieren deshalb wirtschaftlich Nachteile" unterstützen nur noch 31 Prozent, 56 Prozent sprechen sich dagegen aus. Überdurchschnittlich gegen ein solches Argument äussern sich Unternehmen aus Industrie und Gewerbe (23%) sowie die Branche Gesundheit und Soziales mit 25 Prozent.

Den Ausbau der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik resp. mehr Ressourcen für die Verbände wünschen sich in der Regel vor allem jene Unternehmen, die eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation erwarten und die den Austausch zwischen beiden Seiten ohnehin für zu wenig intensiv halten, aber auch jene, die eher unzufrieden mit dem wirtschaftspolitischen Rahmen sind.

3.7 Die Sicht auf das Verhältnis zur EU

Die Unternehmensvertretenden wurden mit verschiedenen Szenarien zur Beziehung Schweiz und EU gebeten, für jedes Szenario anzugeben, ob es für ihr Unternehmen eher mit Vorteilen oder Nachteilen verbunden sei und in welchem konkreten Ausmass.

Dabei zeigt sich die Sicht auf das grundsätzliche Verhältnis zur EU als sehr stabil resp. dominiert von zwei mehrheitlichen Sichtweisen: Zum einen gibt es eine starke Mehrheit von 76 Prozent für die Fortführung der Zusammenarbeit auf der Basis der bisherigen Bilateralen. Nur jeder zehnte Befragte würde sagen, dass mit der bisherigen Zusammenarbeit mit der EU vorwiegend Nachteile verbunden sind. Gleichzeitig lehnen 71 Prozent einen zukünftigen Alleingang der Schweiz ohne die Fortführung des bilateralen Verhältnisses als nachteilig ab. 37 Prozent sehen sogar sehr grosse Nachteile.

Eine relative Mehrheit von 45 Prozent könnte sich noch mit einem Eintritt in den Europäischen Wirtschaftsraum anfreunden, indem hier grosse oder eher Vorteile gesehen werden. 28 Prozent lehnen diese Option als sehr oder eher nachteilig ab. Bemerkenswert ist allerdings, dass bei diesem Szenario die Unsicherheit über den Kosten-Nutzen-Effekt für das eigene Unternehmen mit 27 Prozent relativ ausgeprägt ist.

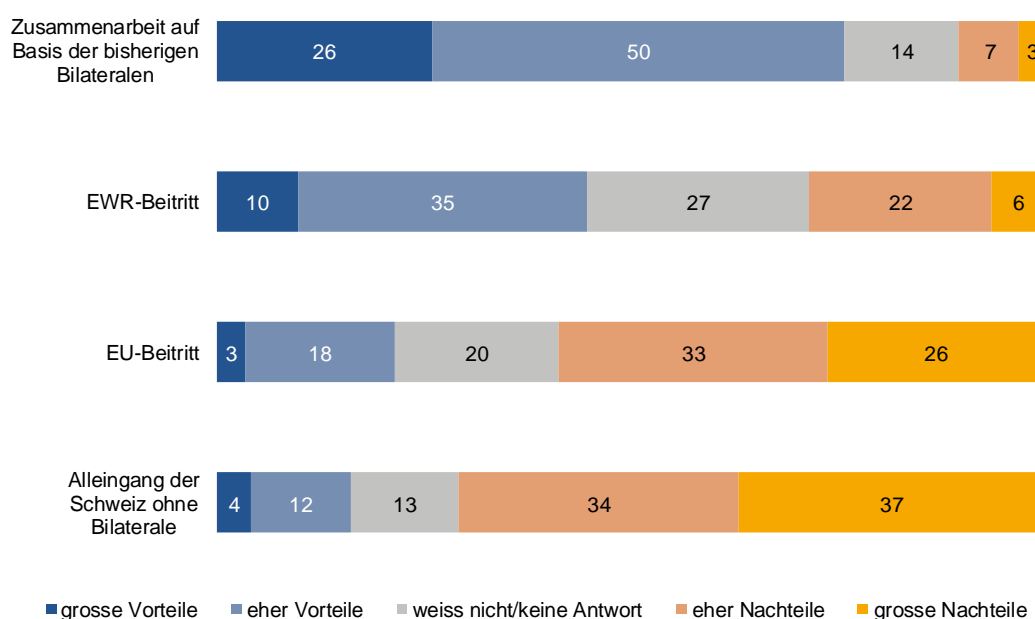
Eine klare Mehrheit von 59 Prozent spricht sich schliesslich gegen die weitestgehende politische Option eines eigentlichen EU-Beitritts aus. Lediglich ein gutes Fünftel der befragten Unternehmensvertreter sieht einen EU-Beitritt als sinnvoll an. Ein weiteres Fünftel ist sich unsicher.

Grafik 7

Szenarien Schweiz-EU

"Wir haben hier verschiedene Szenarien zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Bitte geben Sie zu jedem Szenario an, ob es für Ihr Unternehmen grosse Vorteile, eher Vorteile, eher Nachteile oder grosse Nachteile hat."

in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016 (N = 990)

Während die grossen und grenzüberschreitend arbeitenden Unternehmen überdurchschnittlich stark Vorteile in der Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit mit der EU sehen und entsprechend überproportional einen Alleingang als mit Nachteilen behaftet ablehnen, sind die kleinsten Unternehmen bei der Ansicht, die Bilateralen brächten Vorteile, nur unterdurchschnittlich zu 71 Prozent vertreten.

Beim EWR etwa sind 40 Prozent der kleinsten Unternehmen von Vorteilen überzeugt und 37 Prozent von den Nachteilen. Gleichzeitig sehen die grössten Unternehmen zu 49 Prozent Vorteile für den Fall eines EWR-Beitritts und zu 27 Prozent Nachteile. Der EU-Beitritt als Szenario wird von den Unternehmen mehrheitlich abgelehnt. Bemerkenswert ist schliesslich, dass gerade bei den Szenarien EWR und EU auch erhebliche Unsicherheiten vorhanden sind. Die Anteile betragen

hier im Falle der grossen Firmen mit über 250 Angestellten und den Auswirkungen eines EWR-Beitritts sogar 38 Prozent.

Damit gilt nur die Option der Fortführung der Bilateralen zum aktuellen Zeitpunkt als mehrheitsfähig, verbunden mit dem Ergebnis, dass die Ablehnung eines All-eingangs resp. der damit verbundenen Risiken der Isolation ebenso ausgeprägt vorhanden ist. Hinsichtlich einer darüberhinausgehenden Integrationsoption bestehen aktuell keine Mehrheiten bei den Unternehmen aller Hintergründe und Marktausrichtungen.

4 Synthese

Die Steuer- und Finanzpolitik im Fokus der Forderungen aus der Wirtschaft.

**"Swissness" -
Der wirtschaftspolitische
Rahmen stimmt**

Grundsätzlich werden die Rahmenbedingungen für den Standort Schweiz als zufriedenstellend eingeschätzt. Die klassischen "Swissness"-Faktoren, bestehend aus einer **hochleistungsfähigen Infrastruktur, weitgehender unternehmerischer Freiheit sowie eines liberalen Arbeitsmarktes gepaart mit der Sozialpartnerschaft als stabilisierendem Instrument** werden von grossen wie kleinen Unternehmen gefordert und geschätzt. Man kann diese stabilen Rahmenbedingungen auch als die typischen Standortmerkmale ansehen, die im Standortmarketing unter "Swissness" gehandelt werden. Erhalt und Pflege der Rahmenbedingungen wünschen sich die allermeisten Unternehmen von der Politik.

Als mehrheitlich gut wird die Schweiz auch in der **Steuer- und Finanzpolitik** bewertet. Zwar schneidet sie für eine grosse Mehrheit der Unternehmen gut ab, doch sie bewerten diese ähnlich wie den guten Zugang zu den Weltmärkten auf einer anderen Achse. Man kann die Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass man den Standort grundsätzlich für steuerpolitisch wettbewerbsfähig hält, ihn aber auch genau beobachtet, wenn es um die Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung geht.

Die Argumentenanalyse bestätigt, dass die **Steuer- und Finanzpolitik ein wichtiges Vermittlungsfeld** für die Vertretung der Unternehmen in der Politik sein könnte. Sie weist Argumente aus diesem Politikbereich als diejenigen aus, die am meisten Wirkung entfalten, wenn es um die bilanzierende Wahrnehmung der Standortattraktivität geht. Die klassischen "Swissness"-Faktoren sind für die Bewertung des Standorts durch die Unternehmen zwar ebenfalls von Bedeutung. Sie wirken aber nicht vergleichbar stark.

Der Marktzugang wie auch eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik sind unverzichtbare Standortfaktoren, in denen die Schweiz gleichzeitig nicht im gleichen Ausmass positiv bewertet wird wie bei den Themen aus dem "Swissness"-Cluster. Das Thema Zugang zu Märkten steht nicht zuletzt auch für den Zugang zu benötigtem Fachpersonal. Dieser Zugang muss gewährleistet sein, gehört doch die Verfügbarkeit von qualifizierten Talenten nicht zu den Top-Themen, die für den Standort Schweiz bewertet wurden.

Die Regulierungsdichte als drängendste Erwartung an politische Lösungen.

**Die Regulierungsdichte
bekommt eher schlechte
Noten**

Die Erwartungen an die Politik fokussieren sich auf die Herstellung guter Rahmenbedingungen bei den Inputfaktoren, d.h. beim Schul- und Bildungswesen sowie der Datensicherheit resp. dem Thema Datenschutz. Des Weiteren steht die Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Investitionsplatzes Schweiz im Vordergrund. Die Sicherheit der Sozialwerke ist wesentlich, die Steuer- und Abgabenbelastung wird von etwa gleich vielen Unternehmensvertretenden als gleich bedeutsam eingeschätzt, wie sie die Technologisierung und Digitalisierung als regulatorische Herausforderungen einschätzen. Praktisch gleichauf kommen Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Fachkräftemangel und erneut die Bürokratie bzw. Regulierungsdichte.

Ein gutes Viertel der Unternehmen verteilt hinsichtlich der Regulierungsdichte schlechte Noten. Zudem wird sie qualitativ als das drängendste Problem gesehen, das die Schweizer Politik zu lösen hat.

Der Dialog Wirtschaft und Politik soll ausgebaut werden

Verbände sind wichtige Mittler der wirtschaftlichen Interessen.

Das Modell der Verbandsarbeit wird dabei als ausbaufähig wahrgenommen und gewünscht. Man vertraut dem Modell "Verbandsvermittlung". Sinn und Notwendigkeit des **permanenten Dialoges** werden grossmehrheitlich erkannt. Eine stärkere Entflechtung von Politik und Wirtschaft wünscht sich lediglich eine Minderheit. Mehrheiten der Unternehmensvertretenden wehren sich dagegen, dass die Wirtschaft zu viel Einfluss auf die Politik ausübe. In der Konsequenz wünscht man sich mehr Wirtschaftsvertreter im Parlament.

Die mehrheitliche Zufriedenheit mit dem wirtschaftspolitischen Modell Schweiz eint die Unternehmen und reflektiert Themenbereiche, die unwidersprochen als Kommunikations- und Handlungsdomäne der Verbände gesehen werden. Dazu gehört die Pflege der Rechtssicherheit. Eine Mehrheit sieht sie nicht zur Disposition gestellt, wie dies zum Teil durch den öffentlichen Diskurs im Nachgang zur Masseneinwanderungsinitiative bereits suggeriert wurde. Aber sie ist zusammen mit leistungsfähigen Infrastrukturen und der hohen Qualität von Bildung Forschung das Element, das als unersetzliche Vorbedingung für Investitionssicherheit gilt.

Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Themen, in denen Lösungen erwartet werden.

1. Die höchste Bedeutung als wichtiges politisches Thema hat die **Qualität im Schul- und Bildungswesen**. Sie wird sowohl von den Finanzdienstleistern als auch durch die Branchen Gesundheitswesen und Soziales überdurchschnittlich stark eingefordert. Als Thema mit der zweitgrössten Mehrheit wird **die Datensicherheit resp. der Datenschutz** gesehen und erneut sowohl von den Finanzdienstleistern als auch vom Gesundheits- und Sozialwesen über dem Durchschnitt als wichtig für politische Lösungen erachtet. Das am dritthäufigste genannte Thema ist die **Stärkung des Bildungs-, Innovations- und Forschungsstandortes Schweiz**. Finanzdienstleister und Industrie und Gewerbe wünschen sich dies über dem Mittel.
2. Die **Sicherung der Sozialwerke** und Lösungen zum Thema **Steuer- und Abgabenlast** werden quer durch die Branchen hinweg gewünscht. Ähnlich stark und quer durch alle Branchen ist die Sensibilisierung zu Lösungen angesichts der Herausforderungen durch Technologisierung und Digitalisierung.
3. Spezifisch belastet beim **Fachkräftemangel** empfinden sich die Baubranche und der Bereich Gesundheits- und Soziales. Diese fallen auch bei der Forderung nach **Abbau der Regulierungsdichte** und der bürokratischen Auflagen besonders auf.
4. Industrie und Gewerbe, Bau, Handel und Verkehr plädieren zudem überproportional stark im Zeichen der anstehenden Entscheidung über die Energiestrategie 2050 für eine **sichere Energieversorgung zu günstigen Preisen**.
5. Lösungen mit Blick auf **stabile Beziehungen zur EU**, zur **Personenfreizügigkeit** und beim **Zugang zu ausländischen Märkten** folgen in der wahrgenommenen Wichtigkeit in dieser Reihenfolge aufeinander und werden besonders durch Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr, die IKT-Branche und von den Dienstleistern generell gewünscht. Aber auch der Bausektor empfindet überdurchschnittlich ausgeprägt stabile Beziehungen zur EU als wichtig.
6. Bei den **kartellrechtlichen Rahmenbedingungen** wünschen sich vor allem die Bauindustrie, aber auch Handel und Verkehr Lösungen.
7. Die Unternehmen aus der **Romandie** und dem **Tessin** sind vor allem mit Blick auf die Sicherung der Sozialwerke sensibilisiert, aber auch bei der Steuer- und Abgabenlast, dem kartellrechtlichen Rahmen und einem verstärkten Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende. Damit zeigen sie

sich deutlich stärker sozialpolitisch motiviert als der Durchschnitt aller Unternehmensvertreter.

Für grenzüberschreitend orientierte Unternehmen gehören die Beziehungen zu Europa zu guten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Die Bilateralen sollen den Zugang sichern

Unternehmen, die grenzüberschreitend arbeiten, sehen als wichtiges Ziel der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik die Sicherung der Beziehungen zur EU. Sie ist das Kernanliegen unter dem Oberthema "Sicherung des Zugangs zu Märkten". Das bedeutet für eine Mehrheit die wirtschaftliche Fortführung der Bilateralen und ist nicht zu verwechseln mit vermehrter politischer Integration. Eine solche wird dezidiert nicht gewünscht. Dazu passt, dass sich Unternehmen, die in der Zusammenarbeit mit der EU überdurchschnittlich eher Vorteile sehen, auch auf Verbesserungspotenzial in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Schweiz hinweisen und sich insbesondere den Abbau von Regulierungen wünschen. Denn dies sind die Elemente, die landläufig als zentrale Nachteile der politischen Zusammenarbeit mit Europa gewertet werden.

5 Anhang

5.1 Befragung, Datenbasis und Stichprobe

Die Ergebnisse der Studie "Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 990 Geschäftsleitungsmitgliedern von Unternehmen in der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 23. November 2016 und dem 2. Januar 2017 mittels Online-Interviews durchgeführt. Über die technischen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht:

Tabelle 2

Technischer Kurzbericht

Auftraggeber	Alliance Economie-Politique
Grundgesamtheit	mit Standortfragen betraute Geschäftsleitungsmitglieder von Unternehmen in der Schweiz (ohne staatliche/öffentlich-rechtliche Unternehmen, ohne NOGA-Abschnitte A/O/P)
Befragungsgebiet	gesamte Schweiz
Herkunft der Adressen	Betriebs- und Unternehmensregister BUR, ergänzt durch Adressen aus Panels
Datenerhebung	Online
Art der Stichprobenziehung	geschichtet nach Grössenklasse, innerhalb Grössenklasse at random
Befragungszeitraum	23. November 2016 bis 2. Januar 2017
Stichprobengrösse	990
Fehlerbereich	±3.2 Prozentpunkte bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	Grössenklasse, Branche, Sprachregion
Gewichtung nach	Grössenklasse/Branche interlocked (Vollzeitäquivalente)
Befragungsdauer	
Mittelwert	10.2 Minuten
Standardabweichung	±4.1 Minuten
Publikation	Entwurf, nicht für die Publikation bestimmt

© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016

Die Datenqualität definiert sich über die Grösse des **Stichprobenfehlers**. Dieser Index weist die Irrtumswahrscheinlichkeit und Irrtumsgrösse einer getroffenen statistischen Aussage aus. Einerseits setzt man bei der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst, man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Realität nicht vorhanden ist. Andererseits unterliegen statistische Aussagen einem Stichprobenfehler, welcher von der Grösse der Stichprobe und der Basisverteilung der Variable abhängt, wobei der Fehler kleiner wird, je grösser die Stichprobe ist.

Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Grundgesamtheit nicht vorhanden ist.

© gfs.bern

Gerade bei Untergruppenanalysen weist die untersuchte Gruppe schnell weniger als 50 Befragte aus, was bei einem Stichprobenfehler von ±14 Prozentpunkten eine adäquate Interpretation nahezu verunmöglicht. Deshalb nehmen wir keine Subgruppenanalysen unter 50 Fällen vor.

5.1.1 Datenanalyse

Die neu generierten Daten werden wie folgt analysiert: Zuerst leisten wir die beschreibende Analyse. Dabei werden vor allem Häufigkeiten in Form von Prozentwerten beschrieben.

Zusammenhänge zwischen zwei Variablen, also beispielsweise zwischen der Stimmabsicht und der Sprachregion, werden mittels Korrelationen gemessen. Das normalerweise verwendete Mass ist der Koeffizient Cramérs V. Der Vorteil dieser Masszahl ist, dass sie unabhängig vom Skalenniveau der Indikatoren verwendet werden kann. Damit bestimmen wir die Stärke des Zusammenhangs. Dieser ist umso stärker, je mehr das Cramérs V von Null differiert. Davon unterscheiden wir die Frage, ob der in der Befragung gefundene und gemessene Zusammenhang auch auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden darf. Hierfür verwendeten wir den üblichen Signifikanztest χ^2 . Damit kann man sagen, inwieweit die Untergruppen in sich selbst ein signifikantes unterschiedliches Verhalten an den Tag legen. In der Regel verwendeten wir ein Sicherheitsmass von 95 Prozent.

Gilt es, die Zusammenhänge zwischen mehr als zwei Variablen zu bestimmen, kommen multivariate Analysemethoden zum Einsatz. Dabei muss man zwischen den hier angewandten Operationen unterscheiden: die Kausalanalyse zwischen mehreren unabhängigen und einer abhängigen Variable und die Gruppierung von Antworten.

Die Erklärung von Zusammenhängen zwischen mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable leistet die **multivariate Regressionsanalyse**. Diese basiert analog zu Korrelationen auf Koeffizienten, welche die Stärke des Zusammenhangs bestimmen. Der Unterschied zur Korrelationsrechnung besteht allerdings darin, dass die Regressionsanalyse nicht nur eine unabhängige Variable ausmisst, sondern eine beliebige Zahl von Variablen mit einbeziehen kann. Dies kommt komplexen Realitäten deutlich näher. Die Regressionsanalyse bestimmt auf diese Weise, welche unabhängige Variable wie stark auf die abhängige Variable wirkt, wenn man die Effekte der anderen unabhängigen Variablen mitberücksichtigt. Dabei zielt man auf den Beta-Koeffizienten ab. Wie bei der Korrelationsrechnung gibt es Sicherheitsmasse, die angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein in der Stichprobe gefundener Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit gilt. Konkret handelt es sich um den Signifikanztest, der analog zur obigen Beschreibung funktioniert.

Eingesetzt wird dieses Verfahren vor allem dort, wo die Zusammenhänge zwischen der Beurteilung verschiedener Botschaften einerseits und einer Einstellung oder Handlungsbereitschaft andererseits zu bestimmen sind. Dies kann an sich auch mit der Korrelationsrechnung geleistet werden, doch hat diese Form der Analyse den Nachteil, dass man die gleiche Beziehung mit verschiedenen Argumenten immer wieder nachweist. Dies schliesst die Regressionsrechnung aus, denn sie sagt, welches Element am besten die untersuchte Einstellung erklärt, welches an zweiter Stelle steht und so weiter.

Der Vergleich von Variablen auf der Ebene der einzelnen Antworten wird durch die **multidimensionale Skalierung** (MDS) geleistet. Diese vergleicht die Antworten zu mehreren Fragen miteinander und identifiziert so Muster. Diese Muster lassen sich visuell darstellen, wobei Variablen mit vielen ähnlichen Mustern als Punkte in einem (zweidimensionalen) Diagramm erscheinen, die nahe beieinanderliegen. Demgegenüber erscheinen Punkte, die Variablen ohne gemeinsame Muster symbolisieren, weit auseinander. Der Vorteil dieses Vorgehens besteht darin, rasch verwandte und unverwandte Indikatoren bestimmen zu können, ohne dass aber die Gründe für die Verwandtschaft von allein ersichtlich würden.

Eingesetzt wird diese Methode, um sich einen raschen Überblick über einzelne Elemente zu verschaffen, die aufgrund ihrer Beurteilungen verwandt sind.

5.1.2 Grafische Aufbereitung

Alle im Schlussbericht enthaltenen Grafiken liegen dem gleichen Schema zugrunde, welches im Folgenden kurz erläutert wird:

Grafik 8

Einschätzung wirtschaftliche Situation letzte 12 Monate

"Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die wirtschaftliche Situation Ihres Unternehmens in den vergangenen 12 Monaten entwickelt? Hat sie sich verbessert, ist sie gleich geblieben oder hat sie sich verschlechtert?"

in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Schweizer Wirtschaft, November/Dezember 2016 (N= 990)

1

Im Titel lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, als auch in Anführungszeichen der genaue Fragetext ablesen.

2

Die Referenzgrösse gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen sind dies die Unternehmen in der Schweiz.

- 3** Die Ergebnisse werden in grafischer Form dargestellt. Je nach angestrebter Aussage visualisieren wir Resultate mittels Kuchen-, Balken- oder Säulengrafiken. Für die Darstellung von Zusammenhängen werden Regressions- und MDS-Grafiken verwendet. Ausführungen dazu finden sich bei den entsprechenden Grafiken.
- 4** Der Fusszeile entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (November/Dezember 2016) als auch die Anzahl der befragten Personen, welche für die Aussage in der entsprechenden Grafik relevant sind (N = 990).

5.2 gfs.bern-Team



URS BIERI

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Lehrbeauftragter an der Kalaidos Fachhochschule

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



PETRA HUTH

Politikwissenschaftlerin und Ökonomin

Themen- und Issue-Monitoring, Polit-ökonomische Analysen, Image- und Reputationsanalysen, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung, Qualitative Methoden



CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident gfs.bern, Politikwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Bern und Zürich, Dozent am VMI der Universität Fribourg und am KPM der Universität Bern.

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge



CAROLE GAUCH

Projektleiterin, Medien- und Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Abstimmungen und Wahlen, Meinungsbildung zu aussenpolitischen Angelegenheiten, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Feldaufträge, Lehre



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



ALEXANDER FRIND

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**
Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.